

VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter im Jahre 1902.

Nachdem schon die bayerischen, badischen und württembergischen Jahresberichte der Gewerbeinspektoren vorliegen, sind nun auch die preussischen erschienen, worüber Nr. 2 des „Reichs-Arbeitsblatt“ einige Auszüge bringt. Bei den diesjährigen Berichten der Gewerbeinspektoren dürfte es besonders interessieren, einmal darnach zu fragen, welche Beobachtungen über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter die Staatsbeamten gemacht haben, um ihre Meinung den Ausführungen derer, die von einer Not des Volkes nichts wissen, gegenüberzustellen.

Nach dem bayerischen Jahresbericht waren infolge des schlechten Geschäftsganges die wirtschaftlichen Verhältnisse kaum besser als im Vorjahre. Selbst im Baugewerbe war die Unternehmungslust der Arbeitgeber nur eine geringe. Vielfach fanden länger dauernde Betriebsunterbrechungen und Betriebseinschränkungen statt. Des öftern sind Arbeiterentlassungen eingetreten und wurden sowohl in Fabrik- wie in Handwerksbetrieben entlassene Arbeiter nicht wieder durch andere ersetzt. Die Zahl der Arbeitslosen war wiederum eine erhebliche, insbesondere macht sich die Arbeitslosigkeit hauptsächlich im Baugewerbe und in der Metall- und Maschinenindustrie fühlbar. Infolgedessen wurden im allgemeinen die Naturalverpflegungsinstitutionen in vermehrtem Maße im Vergleiche zum Jahr 1901 in Anspruch genommen.

Festgestellt wird, daß die Arbeitslosigkeit ungünstig auf die Lebenshaltung der Arbeiter eingewirkt habe. Zum Teil haben auch die Lebensmittelpreise eine Steigerung erfahren und ist der Verbrauch an Pferdefleisch gestiegen.

In ähnlicher Weise berichtet der badische Gewerbeinspektionsbericht von verkürzter Arbeitszeit, langer Arbeitslosigkeit. In Mannheim haben viele Arbeitslose seit dem Rückgang der Konjunktur die Industriezentren verlassen, um auf das Land zurückzukehren. Die Erwerbsverhältnisse haben sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, gegenüber dem Vorjahre nicht gebessert. Die Ernährungsverhältnisse sind namentlich bei den italienischen und polnischen Ziegeleiarbeitern außerordentlich primitiv.

Die württembergischen Gewerbeaufsichts-Beamten drücken sich gleichfalls über die wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung ziemlich pessimistisch aus. Die ungünstige Geschäftskonjunktur macht sich ganz besonders für die Arbeiter ungünstig bemerkbar, umso mehr, als die Preise der Lebensmittel, besonders des Fleisches, stark in die Höhe gingen. Der Gewerbeinspektor des ersten Bezirks konstatiert, daß im allgemeinen die Ernährung der Arbeiter unrationell und deswegen teuer sei, da viel zu viel Geld für Getränke und kaltes Essen ausgegeben wird, hauptsächlich von den Arbeiterinnen. Die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter sind, wenn sich auch eine allmähliche Besserung bemerkbar macht, noch lange nicht auf der Höhe, welche in sozialer und sittlicher Hinsicht als das Mindestmaß für eine Arbeiterfamilie zu verlangen ist. Eine günstige Lösung sei nur von einem steten Zusammengehen des Staates mit den kommunalen Behörden zu erwarten.

Die preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten konstatieren, daß die geschäftliche Konjunktur auch während des verfloffenen Jahres noch eine schwankende, unbestimmte, ja für die meisten Gebietsteile Preussens eine ungünstige war. „Demgemäß waren auch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterbevölkerung in den meisten Gegenden gedrückt. Verkürzung der Arbeitszeit, Herabsetzung des Lohnes, Arbeiterentlassungen sind vielfach vorgekommen. Hand in Hand damit ging ein Steigen der Lebensmittel- und der Wohnungsmietpreise.“

Der Gewerbeaufsichtsbeamte für den Regierungsbezirk Frankfurt a. O. berichtet über die wirtschaftlichen Zustände seines Bezirks:

„Der noch auf verschiedenen Industrien lastende Druck veranlaßte eine Verschlechterung in den Erwerbsverhältnissen der Arbeiter.“

Insbesondere in der Maschinenindustrie wurde durch die verkürzten Schichten der Verdienst sehr geschmälert, außerdem kamen hier sowie in der Holzbearbeitungsindustrie Lohnherabsetzungen bis zu 15 pZt. vor. Auch im Baugewerbe gingen an manchen Orten die in den letzten Jahren erreichten Lohnsteigerungen für die Arbeiter wieder verloren, es trat hier ein Lohnrückgang bis zu 10 pZt. ein. Dagegen zeigt sich in der Wollwarenindustrie eine geringe Besserung des Durchschnittsverdienstes um 7,7 pZt. Dieser Mehrverdienst wird indes leider durch die Steigerung der Lebensmittelpreise und stellenweise auch der Wohnungsmieten wieder ausgeglichen.“

In Breslau hatte insbesondere die Metall- und Eisenindustrie unter der schlechten Geschäftslage zu leiden. Wie aber das Unternehmertum sogar die Notlage der Arbeiterschaft auf das erschämlichste mißbraucht, spricht allzu deutlich der Satz: „Auf der andern Seite trat hier vielfach das Bestreben der Arbeiter hervor, durch außerordentliche Arbeitsleistungen sich ihren Arbeitsplatz zu erhalten.“ Dies „Bestreben“ ist eine prächtige Umschreibung des ausgeübten Zwanges, dem sich der wirtschaftlich Abhängige beugen muß, wenn er nicht auf's Pfahler geworfen werden will. In den Regierungsbezirken Breslau, Liegnitz und Oppeln wird konstatiert, „daß der wirtschaftliche Niedergang vielfach die Herabsetzung der Löhne, Aufhebung der früher bewilligten Lohnprämien, Einlegung von Feiertagen, oder längere Beurlaubungen von Arbeitern zur Folge hatte.“ „Beurlaubungen“ ist gut! Die schlesischen Industriemagnaten haben in der glänzenden Aufschwungperiode 1896-1900 nicht genug Arbeiter herbeischaffen können; die Zahl der Industriearbeiter ist hier in dieser kurzen Spanne Zeit in einzelnen Bezirken um 30 pZt. und mehr gewachsen. Jetzt werden diese Arbeiter „beurlaubt“, d. h. sie können sehen, wie sie sich durchhungern.

Aber auch dort, wo noch nicht die äußerste Not vorhanden ist, ging es den Leuten nicht gut. So besagt z. B. der Bericht für den Regierungsbezirk Breslau: „Selbst da, wo, wie z. B. im Aufsichtsbezirk Reichenbach, kein Rückgang der Lohnhöhe zu verzeichnen war — weil hier ein Bahnbau die überschüssigen Kräfte beschäftigte — ist die Lebenshaltung der arbeitenden Massen infolge Steigerung der Lebensmittelpreise, namentlich des Fleisches, doch eine schlechtere geworden.“ Die Herren Fabrikanten, die bekanntlich als Politiker für die Mittelstandspolitik sind, sind nicht geneigt, bei steigenden Preisen der Lebensmittel die Löhne zu erhöhen, damit der Arbeiter dem Krämer und Fleischer höhere Preise zahlen kann, dagegen greifen sie zuweilen zu „philanthropischen“ Mitteln, um dem Arbeiter etwas vorzumachen. Da wird z. B. berichtet, daß eine Firma der Textilindustrie in Langenbielau einen eignen Schlachtbetrieb einrichtete und den Arbeitern das Fleisch zum Selbstkostenpreis verkaufte (womit jedenfalls den Fleischern am Ort sehr gedient war). Das Resultat war nun: der Absatz des Fleisches blieb hinter den Erwartungen zurück — „weil selbst diese Preise den Arbeitnehmern noch zu hoch sind.“ konstatiert lakonisch der Bericht. Langenbielau liegt im Wahlkreise Reichenbach-Neurode, der im Reichstage von dem Grafen von Magnis, Fideikommissbesitzer auf Eckerndorf, vertreten war, einem Zentrumsmann, der natürlich für Wucherzölle auf Brot und Fleisch plädierte.

Im Bezirk Waldenburg, in Posen, Erfurt und in der Provinz Sachsen war die Geschäftslage eine ungünstige, die Arbeiterentlassungen und Lohnreduzierungen zur Folge hatte.

Der Berichterstatter für Schleswig-Holstein schreibt, daß eine Stöckung in der normalen Entwicklung der Industrie eingetreten ist. Das seit einer Reihe von Jahren beobachtete Steigen der Löhne hat aufgehört, und es macht sich ein Rückgang bemerklich. Im großen und ganzen wird sich das Einkommen der arbeitenden Massen verringert haben.“

„Die flauere Geschäftslage verschiedener Industriezweige hat an manchen Stellen leider zu Lohnherabsetzungen und Arbeitseinschränkungen geführt und da-

durch unter Mitwirkung der hohen Wohnungsmieten und Lebensmittelpreise die wirtschaftliche Lage vieler Arbeiter herabgesetzt.“ berichtet ebenfalls der hannoversche Beamte.

Für den Regierungsbezirk Münster wird ein allgemeines Sinken der Löhne konstatiert. „In 28 Hüttenwerken im Bezirk Sagen sank der Durchschnittslohn für Stropf und Jahr um 22 M., in 18 Hüttenwerken des Bezirks Bochum um 46 M., in 21 Hüttenwerken des Bezirks Dortmund um 66 M. und in 53 Hüttenwerken des Bezirks Sagan um 75 M.“

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter im Regierungsbezirk Wiesbaden war ebenfalls keine günstige. Im Anschluß daran weist der Bericht darauf hin, daß von großer wirtschaftlicher Bedeutung für die Arbeiter die Tarifgemeinschaften sind und jedenfalls die frühere Abneigung der Unternehmer gegen Tarifvereinbarungen ständig im Schwinden begriffen ist.

Was die Mietwohnungen im allgemeinen anbetrifft, so wird von einigen Gewerbeaufsichtsbeamten ausdrücklich auf die Preissteigerungen der Wohnungsmieten hingewiesen. So schreibt z. B. der Beamte für den Regierungsbezirk Aassel: „Der Verdienst eines Teiles der Arbeiterschaft ist etwas vermindert gewesen, während der Lebensunterhalt in mancher Beziehung teurer geworden ist; aus diesem Grunde mußten die Preissteigerungen der Wohnungsmieten für die Arbeiter besonders drückend wirken.“

Der Beamte für Oslu berichtet, daß die Lebensmittelpreise und trotz der regen Bautätigkeit teilweise auch die Mietpreise eine weitere Steigerung erfahren haben. „Besonders trifft das auf die von den Arbeitern am meisten verlangten Wohnungen mit zwei Männern zu.“

Nicht uninteressant ist der allgemeine Schluß, den der amtliche „Reichsanzeiger“ aus den vorsichtig geschriebenen Berichten der Gewerbeinspektoren zu ziehen gezwungen ist, der lautet: „Von besonderem Einflusse war die andauernde ungünstige Geschäftslage auf die Lebensverhältnisse, insbesondere auf Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse. Andererseits ist durch die im Berichtsjahre vielfach eingetretene Steigerung der Lebensmittelpreise die Haushaltung der Arbeiter erheblich erschwert worden.“

Das schreibt das amtliche Organ derselben Regierung, die durch ihre Zollpolitik die Lebensmittelpreise noch höher treibt, so daß die Haushaltung der deutschen Arbeiter noch bedeutend tiefer herabgedrückt wird!

In dem ziemlich dickleibigen Bande, der die Jahresberichte der preussischen Gewerbeämter für das Jahr 1902 enthält, finden sich nur wenige Stellen, welche direkt die Verhältnisse unserer Berufscollegen betreffen. Die uns in so hohem Maße interessierende Frage der Meierkrankungen scheint die Anteilnahme der preussischen Gewerbeämter weniger zu erregen, als die ihrer Kollegen in kleineren Bundesstaaten. Die einzige Stelle, die von der Verwendung der Bleifarben handelt, betrifft auch nicht unsere Berufscollegen, ist aber doch der Erwähnung wert. Sie lautet: In einer Eisenbahnwagenfabrik (im Regierungsbezirk Aachen) erkrankten im August und September acht von den Schreibern, die das Zusammenfügen der einzelnen Teile der Wagenkasten zu besorgen hatten, heftig an Meierkrankheit. Nach den Vorschriften der Eisenbahndirektion waren bisher sämtliche mit einander in Berührung kommende Holzteile zweimal mit Bleiweißfarbe zu streichen und insbesondere die Verzäpfungen unmittelbar vor dem Zusammenfügen mit verdickter Bleiweißfarbe zu versehen. Bei dem Zusammenschlagen der einzelnen Teile verspritzte alsdann die Farbe und verunreinigte in hohem Maße Gesicht, Hände und Kleider der Arbeiter. Infolgedessen stellten sich bei den Arbeitern, die nicht genügend auf Reinlichkeit hielten, bald Meierkrankungen ein. Auf Antrag der Firma wurde von der Eisenbahndirektion gestattet, daß für die gesamten Arbeiten ein bleifreies Mineralweiß an Stelle von Bleiweiß benutzt wurde, so daß seitdem Meierkrankungen nicht vorgekommen sind.

